

# Landtag von Baden-Württemberg

17. Wahlperiode

Eingang: 10.05.2022

## Antrag

der Abg. Nico Weinmann u. a. FDP/DVP

### Gewaltpotential der linksextremistischen Szene

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sich die Anzahl der Straftaten in den letzten fünf Jahren in Baden-Württemberg entwickelt hat, welche im Zusammenhang mit der linksextremen Szene stehen (bitte um Benennung der Delikte, Verfahrensdauer, Verfahrensausgänge, Schadenshöhe, Geschädigte, ggf. Zugehörigkeit der Tatverdächtigen bzw. Verurteilten zu unterschiedlichen Beobachtungsobjekten und des Polizeipräsidiumsbezirkes, ggf. Sachschaden und ggf. Schweregrad der Verletzungen, ggf. Höhe der Strafen);
2. wie sich im Berichtszeitraum die Anzahl der Straftaten gegenüber staatlichen Institutionen und deren Repräsentanten entwickelt hat, die der PMK -links- zuzuordnen sind (bitte unter genauer Darstellung der Tat- und der Verfahrensgänge, Straftatbestände, Anzahl der Tatverdächtigen, ggf. Zugehörigkeit zu einer durch den Verfassungsschutz beobachteten Organisation, Funktion der bedrohten Objekte und Personen, ggf. Parteizugehörigkeit der geschädigten Personen bzw. Institutionen, ggf. Schadenshöhe und ggf. Schweregrad der Verletzungen);
3. wie sich im Berichtszeitraum die Anzahl der Maßnahmen hinsichtlich Objekt- beziehungsweise Personenschutz aufgrund einer festgestellten Bedrohungslage durch linksextremistische Organisationen entwickelt hat (bitte unter Darstellung der einzelnen Maßnahmen und Benennung der Organisation, durch die eine Bedrohungslage hervorgerufen wurde, Ziel, Funktion der bedrohten Objekte und Personen, ggf. Parteizugehörigkeit der geschädigten Personen bzw. Institutionen);
4. welchen Themenfeldern und antidemokratischen Werten sich die linksextreme Szene bedient, um diese bei Aktivitäten zu thematisieren (bitte unter Benennung des Themenfeldes, der einzelnen vom Verfassungsschutz beobachteten Organisationen, deren Mitgliedergröße, Gefährdungspotential der Organisationen, Begründung für die Annahme der Demokratiefeindlichkeit und bekannte Staatsgefährdungsdelikte in den letzten fünf Jahren, ggf. Kooperationen mit weiteren extremistischen Spektren bzw. Gruppierungen, Art der Thematisierung);
5. wie sich die Aktionsbündnisse in Baden-Württemberg zusammensetzen, die sich mit den in Berichtsbitte 4 benannten Themen befassen (bitte unter Angabe der teilnehmenden Organisationen, die nicht vom Verfassungsschutz beobachtet werden, Anzahl der jeweiligen Mitglieder und Gefährdungspotential der Bündnisse, ggf. Kooperationen mit durch den Verfassungsschutz beobachtete Organisationen aus anderen extremistischen Feldern);
6. wie sich die Anzahl der gemeinsamen Aktionen und Demonstrationen im Berichtszeitraum entwickelt hat, bei denen die in Berichtsbitte 4 benannten Themen behandelt wurden (bitte unter Darstellung der einzelnen Aktionen, Anzahl der Teilnehmer und teilnehmenden Organisationen, Ausschreitungen, Anzahl der bei den Aktionen durchgeführten Straftaten und Ordnungswidrigkeiten inklusive der Benennung der Delikte, Personen- und Sachschaden, Verfahrensausgänge und ggf. polizeiliche Maßnahmen bei den Demonstrationen und Ausschreitungen);

7. welche Erkenntnisse die Landesregierung über durch linksextremistische Organisationen bediente Themenfelder hat, die ebenfalls durch Organisationen innerhalb des verfassungsgemäßen Rahmen behandelt werden (bitte unter Benennung der verfassungsmäßigen Organisationen, Darstellung der Themen, Darstellung der inhaltlichen Schnittmenge mit linksextremistischen Organisationen);
8. wie sich die Aktionsbündnisse in Baden-Württemberg zusammensetzen, die sich mit den in Berichtsbitte 7 benannten Themen befassen (bitte unter Angabe der eingeschlossenen Organisationen, Anzahl der jeweiligen Mitglieder und Gefährdungspotential der Bündnisse, ggf. Kooperationen mit durch den Verfassungsschutz beobachtete Organisationen aus anderen extremistischen Feldern);
9. wie sich die Anzahl der gemeinsamen Aktionen und Demonstrationen im Berichtszeitraum entwickelt hat, bei denen die in Berichtsbitte 7 benannten Gegenstände thematisiert wurden (bitte unter Darstellung der einzelnen Aktionen, Anzahl der Teilnehmer und teilnehmenden Organisationen, ggf. Ausschreitungen, Anzahl der bei den Aktionen durchgeführten Straftaten und Ordnungswidrigkeiten inklusive der Benennung der Delikte, Personen- und Sachschaden, Verfahrensausgänge und ggf. polizeiliche Maßnahmen bei den Demonstrationen);
10. welche Aktionen durch nichtextremistische Organisationen der Landesregierung im Berichtszeitraum in Baden-Württemberg und durch Baden-Württemberger durchgeführt wurden, bekannt sind, die auf Gesetzesbrüche abgezielt waren (bitte unter Darstellung der konkreten Aktionen, tangierte Gesetze, Anzahl der eingeleiteten Verfahren und Verfahrensausgänge);
11. wie die Landesregierung die Entwicklung des Gewaltpotentials durch die im Rahmen der in den in Berichtsbitte 9 erfragten Aktionsbündnisse bewertet;
12. welche besonderen Gefahren hinsichtlich gemeinsamer Aktionsbündnisse zwischen extremistischen und nichtextremistischen Organisationen durch die Landesregierung gesehen werden;
13. inwiefern die Landesregierung die gewaltsame und gesetzeswidrige Durchsetzung von legitimen Zielen, wie sie in Berichtsbitte 10 erfragt wurden, als extremistisch bewertet (bitte aufgegliedert in die einzelnen Themenbereiche);
14. welche Maßnahmen die Landesregierung getroffen hat, bzw. als notwendig erachtet, um den im Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2020 (S. 236 und 248) beobachteten Entwicklungen, entgegenzutreten (bitte unter Benennung der einzelnen Maßnahmen und den (ggf. voraussichtlichen) Beginn);
15. inwieweit sie eine Forschungsstelle Linksextremismus plant bzw. die Forschungsstelle Rechtsextremismus auf den Linksextremismus erweitern will;

10.05.2022

Weinmann, Goll, Karrais, Bonath, Dr. Jung, Haußmann, Scheerer, Brauer, Trauschel, Heitlinger, Prof. Dr. Schweickert, Fischer, Birnstock, FDP/DVP

### Begründung

Alle Arten des Extremismus lehnen unsere freiheitlich demokratische Grundordnung ab. Sie müssen daher entschieden bekämpft werden. Zuletzt stand der Rechtsextremismus im besonderen Fokus des Interesses. Über diese richtige Befassung darf u. a. der Linksextremismus nicht aus den Augen verloren gehen.

Gewalt, die durch linksextremistische Organisationen verübt wird und deren Straftaten sind in der Berichterstattung vergleichsweise selten präsent (vgl. Artikel „Linke Gewalt“ im Cicero vom April 2022). Jedoch wurde auch im Verfassungsschutzbericht 2020 Baden-Württemberg eine zunehmende Militanz und Gewaltbereitschaft durch das linke Spektrum verzeichnet (S. 236 und 248). Die Antragsteller begehren daher Informationen darüber, welche Maßnahmen die Landesregierung als Konsequenz dieser Feststellungen eingeleitet hat beziehungsweise einleiten wird. Insbesondere sind die Antragsteller an Erkenntnissen über Kooperationen zwischen linksextremen Gruppen und Gruppierungen im demokratischen Rahmen interessiert.

[Landtag Baden Württemberg - 20181212\\_sitzung078\\_2 \(landtag-bw.de\)](#)  
[Landtag Baden Württemberg - 20191114\\_sitzung104\\_2 \(landtag-bw.de\)](#)